

Bündnispartner Wirtschaft



Geopolitik. Landesverteidigung ist längst nicht mehr nur Aufgabe des Militärs. Auch Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen sich gegen Cyberangriffe, Sabotage und Manipulationen von außen schützen. Dies ist immer mehr Unternehmen in Deutschland durchaus bewusst. Dennoch sind sie auf viele Bedrohungen schlecht vorbereitet. Im iwd-Interview erklärt IW-Geschäftsführer Hubertus Bardt, warum es sich bei den Krisenszenarien um reale Risiken handelt und wie eine engere Abstimmung von Sicherheitsbehörden und Wirtschaft gelingen kann. —> [Seiten 2-5](#)

Wirtschaftsleistung

Die jüngsten globalen Krisen haben das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um nahezu 1 Billion Euro niedriger ausfallen lassen – wie eine IW-Schätzung zeigt.

—> [Seite 6](#)

Tarifpolitik

Das geplante Bundestariftreuegesetz dürfte nicht dazu beitragen, die Tarifbindung zu stärken. Stattdessen drohen Nachteile für kleine und mittlere Betriebe.

—> [Seiten 12-13](#)

Hybride Verteidigung

Geopolitik. Angesichts des andauernden Ukraine-Kriegs und multipler internationaler Spannungen muss Deutschland das Thema Verteidigung neu denken. Dazu gehört auch, die Wirtschaft einzubinden. In manchen Bereichen wie der Cybersicherheit sind die Unternehmen bereits gut aufgestellt, in anderen gibt es allerdings noch viel zu tun.



Kriege und Konflikte werden heutzutage nicht mehr nur mit Waffen ausgetragen. Sabotage, Desinformationskampagnen, Handelsbeschränkungen – die Möglichkeiten, einem anderen Land zu schaden, sind vielfältig geworden. Diese Form der hybriden Kriegsführung, wie sie vor allem Russland seit

Jahren demonstriert, erfordert ein deutsches Umdenken in Sicherheitsfragen. Es reicht längst nicht mehr aus, eine fähige Armee auf die Beine zu stellen – kritische Infrastruktur zu schützen, gegen Manipulation im Internet vorzugehen und Alternativpläne für Lieferketten zu entwickeln, sind ebenso zentrale Bestandteile

einer umfassenden Verteidigungsstrategie.

Um all das zu gewährleisten, muss Deutschland die Landesverteidigung ab sofort als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen.

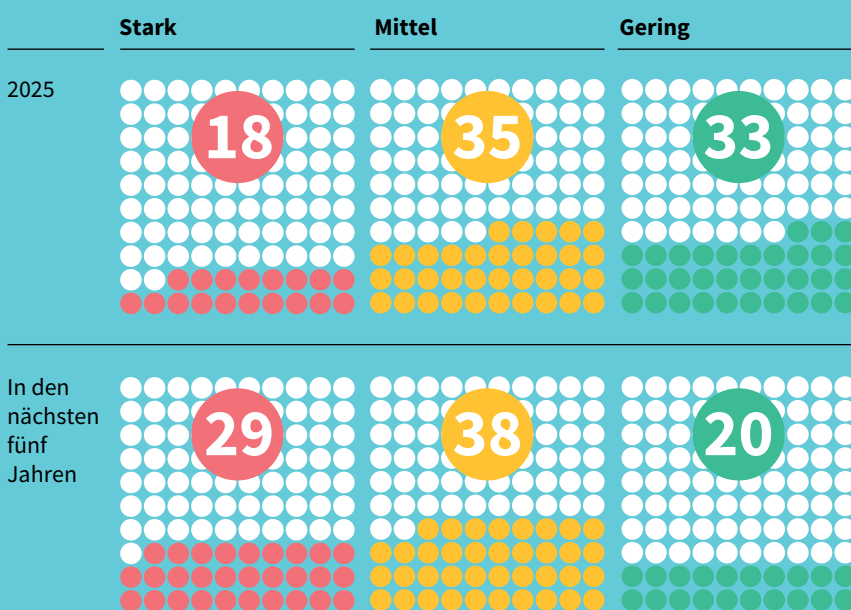
Konkret bedeutet das, auch die Privatwirtschaft mitzudenken und einzubeziehen. Unternehmen müssen Reservisten freistellen, hybride Bedrohungen abwehren und auf den Fall von krisenbedingten Verknappungen vorbereitet sein. Zudem gilt es, die verteidigungsrelevanten Wertschöpfungsketten über die bisher involvierten Unternehmen hinaus zu erweitern, um resilienter zu sein.

Inwieweit die Unternehmen im Land bereits zu alldem in der Lage sind, hat das IW ermittelt. Die Forscher haben im Herbst 2025 rund 1.000 Geschäftsführer aus der Industrie und den industrienahen Dienstleistungen befragt. Demnach spüren die Unternehmen zunehmend die Auswirkungen der Geopolitik (Grafik):

Im Jahr 2025 waren 18 Prozent der befragten Unternehmen stark von geopolitischen Entwicklungen betroffen. Insgesamt 29 Prozent gingen davon aus, dass dies in den nächsten fünf Jahren der Fall sein werde.

Geopolitik betrifft die Wirtschaft immer stärker

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland waren beziehungsweise sind von geopolitischen Entwicklungen in diesem Maße betroffen



Befragung von 1.050 Geschäftsführern von Industriebetrieben und unternehmensnahen Dienstleistern im Oktober und November 2025

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

In Summe sahen sich gut 86 Prozent der Industrieunternehmen und der industrienahen Dienstleister im vergangenen Jahr mit Folgen der internationalen Verwerfungen konfrontiert. Dadurch könnten viele von ihnen auch für Verteidigungsthemen sensibilisiert worden sein.

Dennoch stellen bislang lediglich 15 Prozent der Unternehmen Mitarbeiter für Wehrübungen oder Freiwilligendienste im Bevölkerungsschutz frei. Weitere 10 Prozent wollen dies in Zukunft tun. Unter den Unternehmen, die niemanden freistellen, ist in zwei Dritteln dieser Wunsch bei den Mitarbeitern überhaupt nicht vorhanden. Die Betriebe sollten sich darauf einstellen, dass sich dies angesichts der Wehrdienstreform in den kommenden Jahren ändern könnte.

Für den Ernstfall haben die Unternehmen am häufigsten einen Notfallplan für die Infrastruktur in der Schublade. Knapp ein Viertel ist gegen entsprechende Ausfälle gerüstet, weitere 17 Prozent planen Vorbereitungen. Insgesamt sind aber viele Bereiche in der Wirtschaft nicht abgesichert. So haben die wenigsten Unternehmen einen Notfallplan, falls ihnen Personal wegbricht. Auch der Austausch mit Sicherheitsbehörden ist bislang eher die Ausnahme als die Regel.

Besser sieht es bei den Schutzmaßnahmen aus (Grafik):

Knapp 86 Prozent der Unternehmen schützen sich vor Cyberangriffen. Von den Betrieben mit mehr als 250 Mitarbeitern betreiben fast alle eine eigene Cyberabwehr.

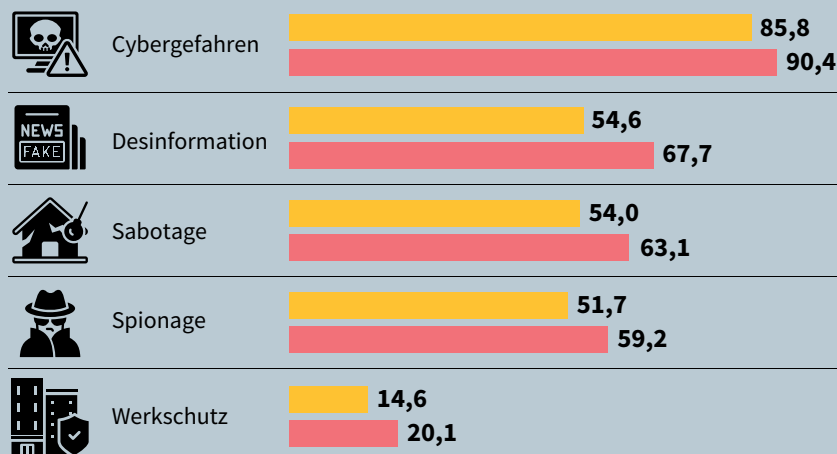
Auch gegen Desinformation und Sabotage wehrt sich mehr als die Hälfte der Betriebe. Positiv ist zudem: In allen Bereichen wollen künftig mehr Unternehmen Maßnahmen ergreifen, um sich vor Angriffen zu schützen.

Unternehmen schützen sich vor Angriffen

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland ergreifen Schutzmaßnahmen für diese Bereiche



■ Aktuell ■ In Zukunft



Befragung von 1.050 Geschäftsführern von Industriebetrieben und unternehmensnahen Dienstleistern im Oktober und November 2025

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

iwd

Bleibt noch die Frage nach den Wertschöpfungsketten. Unternehmen können in vielerlei Hinsicht zur Verteidigung beitragen, zum Beispiel als direkter Lieferant von Material an die Bundeswehr oder durch das Bereitstellen von einzelnen Komponenten. Auch als Dienstleister können die Betriebe eine wichtige Funktion einnehmen, etwa in der Logistik.

Am häufigsten in die Produktion von Militärtechnik involviert sind bisher die Branchen Maschinenbau, Elektrotechnik und Fahrzeugbau. Unternehmen, die stark auf die Entwicklung und den Einsatz neuer Technologien setzen, sind im Branchenvergleich besonders oft als Dienstleister für die Bundeswehr tätig. Bislang bewegen sich die Beteiligungsanteile in allen militärischen Bereichen aber noch überwiegend auf niedrigem Niveau. Immerhin erwarten die Unternehmen in Deutschland auf breiter Front einen Anstieg in den kommenden Jahren.

Interessant für die Verteidigung könnten dann vermehrt Vorhaltevorteile sein. Damit stellen die Betriebe Kapazitäten bereit, um eine schnelle Produktion und Lieferung im Krisenfall zu garantieren.

In der Gesamtschau haben die Unternehmen den Ernst der Lage anscheinend erkannt. Dennoch sind sie nur in Teilbereichen gut gegen Angriffe von außen geschützt. Auch die Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden und Hilfsorganisationen sowie das Vorhalten von Notfallplänen sind stark ausbaufähig. Politik und Wirtschaft sollten gemeinsam daran arbeiten, sich in Verteidigungsfragen enger zu verzahnen und auf eine auf allen Ebenen wehrhafte Bundesrepublik hinzuarbeiten.

Aus IW-Trends 4/2025

Hubertus Bardt, Simon Gerards Iglesias, Alexander Radunz, Klaus-Heiner Röhl: Die Rolle der Privatwirtschaft in der Gesamtverteidigung Deutschlands – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Interview. Kriege werden heutzutage hybrid ausgetragen. Darauf muss sich auch Deutschland einstellen. Im iwd-Interview erklärt IW-Geschäftsführer **Hubertus Bardt**, warum das Bewusstsein dafür in der Wirtschaft steigen muss und warum Verteidigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist.

„Die Wirtschaft muss auch während eines militärischen Konflikts laufen“



Viele Unternehmen haben bislang keine Notfallpläne, um ihre Produktion und Versorgung im Krisenfall zu sichern. Wie ließe sich das ändern?

Ganz zentral ist zunächst einmal eine bessere Kommunikation zwischen den Sicherheitsbehörden, insbesondere der Bundeswehr, und der Wirtschaft. Der „Operationsplan Deutschland“, auf dem die Bundeswehr ihre Verteidigung aufbaut, ist sehr umfangreich und detailliert, aber geheim. Unternehmen erhalten also derzeit zu wenig Orientierung, worauf sie sich einstellen müssen und welche Risiken es konkret gibt. Die Bundeswehr sollte die Kommunikation mit der Wirtschaft stärken. Dazu gehört auch, die Anforderungen, die sich aus dem Plan ergeben und nicht unbedingt geheim gehalten werden müssen, öffentlich zugänglich zu machen. Außerdem muss es mehr Gesprächs- und Austauschformate zwischen Sicherheitsbehörden und Wirtschaft geben.

Die Bundeswehr kann dabei mehr über die Lageeinschätzung der Wirtschaft lernen, die Wirtschaft über die Szenarien des Militärs.

Die Verteidigung mitzudenken, bindet bei den Unternehmen zusätzliche Kapazitäten. Wie soll dies angesichts der angespannten Fachkräftelage und knapper Ressourcen funktionieren?

Auf diese Frage gibt es leider keine einfache Antwort. Die kritischere Sicherheitslage gehört zu den Umfeldrisiken, in denen Unternehmen heute navigieren müssen. Das erfordert Aufmerksamkeit und bindet Mitarbeiter.

Es geht aber auch darum, mögliche künftige Knappheiten rechtzeitig zu durchdenken. Unternehmen müssen sich zum Beispiel vor Augen führen, dass viele Lkw-Fahrer in Deutschland aus Osteuropa kommen und im Krisenfall eventuell in ihrer Heimat gebraucht werden. Als Konsequenz aus dieser Überlegung sollten die betroffenen Betriebe

schauen, wie sie über den aktuellen Bedarf hinaus Mitarbeiter mit Lkw-Führerschein ausstatten können. Angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage ist das sicherlich nicht leicht umzusetzen, weil für diese Art der Vorsorge niemand die Kosten übernimmt.

Ist denn mehr Vorsorge aus Sicht der Wirtschaft überhaupt notwendig?

Ich glaube, es muss für alle deutlicher werden, dass es sich hier nicht um abstrakte theoretische Szenarien handelt. Es geht um Risiken, die eine gewisse Eintrittswahrscheinlichkeit haben. Beim Thema Cybersicherheit reagieren die Unternehmen schon sehr stark auf die konkrete Bedrohung. Aber auch über andere Dinge müssen sie sich Gedanken machen. Bei Drohnenüberflügen wissen die Betriebe im Einzelnen nicht, ob es sich um Spionage handelt oder nur um das Spielzeug des Jungen von nebenan. Trotzdem müssen sie darauf reagieren.



Foto: IW

Allein können die Unternehmen die Kosten für die Sicherheitsbemühungen aber nicht tragen.

In Teilen muss öffentliches Geld fließen, etwa um Leistungen für das Militär vorzuhalten. Wenn Unternehmen Kapazitäten blocken, damit sie im Krisenfall zum Beispiel auf Abruf schnell eine bestimmte Zahl Drohnen produzieren können, muss das vergütet werden.

Wie sieht denn eine wehrhafte Bundesrepublik Ihrer Meinung nach aus?

Wenn wir von Verteidigungsfähigkeit sprechen, ist das nichts, was ausschließlich an die Menschen in militärischer Uniform delegiert werden kann, sondern wir brauchen dafür auch eine vorbereitete Zivilgesellschaft. Das schließt das Gesundheitswesen, den Bevölkerungsschutz und auch die Privatwirtschaft ein. Die Wirtschaft muss nämlich laufen – nicht nur vor einem militärischen Konflikt, sondern auch während einer konkreten Krise.

In dem Szenario, mit dem die Bundeswehr aktuell plant, gibt es einen militärischen Konflikt an der NATO-Ostflanke. Deutschland würde dann zu einer Art Drehscheibe für Logistik in die eine und Versorgung der Verletzten in die andere Richtung. In einem solchen Fall würde ein riesiger Druck auf der deutschen Wirtschaft lasten, dem sie standhalten muss. Politik und Bundeswehr müssen in der Wirtschaft Klarheit über die Anforderungen in diesem Szenario schaffen. Nur so wird deutlich, worauf sich die Unternehmen einstellen und vorbereiten sollten.

Was kann die Politik dazu beitragen?

Ohne Wirtschaft gibt es keine Ressourcen für die Verteidigung. Wir sollten daher unsere Hausaufgaben am eigenen Standort machen, sprich die Attraktivität für Investitionen erhöhen. Auch bei der Sicherung von Wertschöpfungsketten hat die Außenpolitik eine wichtige Rolle.

Ganz konkret sollten staatliche Stellen noch stärker den Kontakt mit der Wirtschaft suchen, die Unternehmen über mögliche Szenarien informieren und sie in die Gesamtverteidigung einbinden. Im Ergebnis sollte auch für die Firmen mehr Sicherheit im Krisenfall stehen.

Freistellungen von Mitarbeitern für den Wehrdienst oder den Bevölkerungsschutz ist ein weiteres Thema. Wie könnte das in der Praxis aussehen?

Das gibt es ja heute schon, wenn Unternehmen Mitarbeiter freistellen für den Bevölkerungsschutz, etwa für Sucheinsätze mit einer Hundestaffel. Flexibilität ist also seitens der Unternehmen gefragt, aber in Zeiten von Fachkräftemangel auch schwierig. Umso wichtiger ist es, dass die Firmen vorausschauend planen. Sie müssen sich fragen, welche Qualifikationen ihre Mitarbeiter haben und wie sie damit umgehen, wenn diese ausfallen. Ein Beispiel: Wenn diejenigen, die sich als Ersthelfer im Unternehmen engagieren, gleichzeitig im Bevölkerungsschutz im Einsatz sind, ist das problematisch.

Wir haben viel über die deutsche Perspektive gesprochen. Wie läuft die Koordination denn auf europäischer Ebene?

Für die Beschaffung von militärischer Ausrüstung gibt es Absprachen und gezielte Planung, in der Gesamtverteidigung ist mir aber nichts bekannt. Das ist auch schwierig, da jedes Land erst mal für sich einen klaren Plan braucht.

Wir in Deutschland können dabei von anderen Ländern lernen. In Skandinavien wird viel stärker vernetzt gedacht, sodass Wirtschaft, Verteidigung und Bevölkerung Hand in Hand arbeiten. In Schweden weiß jeder, welche Rolle er oder sie im Fall eines bewaffneten Angriffs einzunehmen hat. Das sollte auch unser Ziel sein.

Viel verloren

Wirtschaftsleistung. Die Krisen der vergangenen Jahre haben die deutsche Wirtschaft heftig gebeutelt. Das IW hat nun die tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts seit 2020 einem fiktiven Szenario ohne Krisen gegenübergestellt – und schätzt die Einbußen bei der Wirtschaftsleistung auf annähernd 1 Billion Euro.

Pandemie, Ukraine-Krieg, Donald Trumps handelspolitischer Konfrontationskurs – seit 2020 reiht sich eine global bedeutsame Krise an die andere. Die wirtschaftlichen Folgen all dieser Ereignisse dürften wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Konjunktur in Deutschland seit 2020 weitestgehend auf der Stelle tritt.

Doch wie groß war und ist der Einfluss der Krisen auf die hiesige Wirtschaftsleistung tatsächlich? Dies

hat das Institut der deutschen Wirtschaft einmal mehr zu schätzen versucht (siehe iwd 6/2024). Das Konzept dahinter: Die IW-Forscher haben ein fiktives Szenario für einen Konjunkturverlauf ohne die jüngsten Krisen berechnet und dabei unter anderem langjährige Konjunkturtrends berücksichtigt. Diesem Szenario stellten sie dann die tatsächliche Wirtschaftsentwicklung gegenüber. Das Ergebnis ist erschreckend (Grafik):

Insgesamt ist das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den Jahren 2020 bis 2025 um schätzungsweise 940 Milliarden Euro niedriger ausgefallen, als es ohne die großen Kriseneinflüsse zu erwarten gewesen wäre.

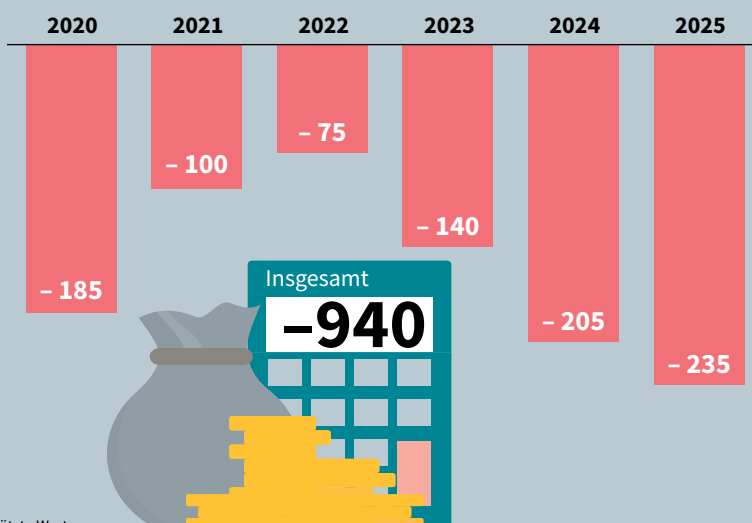
Je Erwerbstätigen gerechnet, entspricht dies einem Wertschöpfungsverlust von deutlich mehr als 20.000 Euro.

Schaut man auf die einzelnen Jahre, sticht zunächst 2020 heraus, als die Pandemie das Wirtschaftsleben binnen kürzester Zeit nahezu lahmlegte – entsprechend waren die Einbußen beim BIP im zweiten Quartal 2020 mit ungefähr 100 Milliarden Euro die größten aller Quartale im Betrachtungszeitraum.

Auch in den Jahren danach waren die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie noch spürbar, sie wurden jedoch zunehmend von den Effekten des russischen Angriffs auf die Ukraine und seit Ende 2024 auch von den seitens der US-Regierung angezettelten Handelskonflikten überlagert. Folglich waren die Krisenkosten für die deutsche Wirtschaft 2025 mit geschätzten 235 Milliarden Euro nochmals höher als in den Jahren zuvor.

Was die großen Krisen die deutsche Wirtschaft kosten

Um so viele Milliarden Euro fiel das reale Bruttoinlandsprodukt durch die Folgen der Pandemie und der geopolitischen Verwerfungen niedriger aus als in einem Szenario ohne diese Krisen



Geschätzte Werte
Geopolitische Verwerfungen: vor allem der russische Angriffskrieg in der Ukraine sowie die konfrontative Wirtschaftspolitik der USA unter Donald Trump
Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 7/2026

Michael Grömling: Ökonomische Kosten der Krisen in Deutschland

Die Mutter aller Deals

Außenhandel. Die EU und Indien haben die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen beendet. Vor allem für die europäische Automobilbranche ergäben sich dadurch bessere Absatzchancen.

Für EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist das Freihandelsabkommen, das sie Ende Januar nach Abschluss der Verhandlungen zusammen mit Indiens Premierminister Narendra Modi unterzeichnet hat, „the mother of all deals“. Kein Wunder: Indien ist mit fast 1,5 Milliarden Menschen das bevölkerungsreichste Land der Welt – zusammen mit den rund 450 Millionen EU-Bürgern repräsentieren beide Handelspartner annähernd ein Viertel der Weltbevölkerung. Ähnlich sieht es bei der Wirtschaftsleistung aus: Beide Seiten steuern zusammen fast ein Viertel zum weltweiten Bruttoinlandsprodukt bei. Außerdem wächst Indiens Wirtschaft (Grafik):

Im Jahr 2025 steigerte Indien sein Bruttoinlandsprodukt um annähernd 7 Prozent.

Seit 2000 wächst Indiens Wirtschaft nunmehr im Durchschnitt um jährlich mehr als 6 Prozent.

Das EU-Indien-Handelsabkommen ist zwar nicht so umfassend wie der kurz zuvor geschlossene Freihandelsvertrag mit den südamerikanischen Mercosurstaaten – so ist im Pakt mit Neu-Delhi der Agrarsektor weitgehend ausgenommen –, doch für beide Seiten wird der Handel wesentlich leichter:

Die EU wird für 99,5 Prozent der indischen Waren ihr Zollregime liberalisieren. Aktuell exportiert Indien vor allem elektrische Maschinen und Geräte, organische Chemikalien, mechanische Apparate, pharmazeutische Erzeugnisse sowie Textilien in die EU. Insgesamt lieferte Indien im Jahr 2024 Waren im Wert von knapp 90 Milliarden Euro an die EU-Mitgliedsstaaten.

Indien wiederum streicht oder senkt seine Abgaben laut Handelsvertrag auf 96,6 Prozent der EU-Warenausfuhren, die sich 2024 auf annähernd 49 Milliarden Euro beliefen. Hauptexportgüter sind Maschinen und Elektrogeräte, Flug- und Raumfahrzeuge sowie Medizintechnik und Chemikalien.

Wegen der hohen Zölle von 66 Prozent (für Autos im Wert von weniger als 40.000 Dollar) beziehungsweise 110 Prozent (für entsprechend teurere Autos) exportiert die EU bislang relativ wenige Kraftfahrzeuge nach Indien,

Indien in Zahlen

im Finanzjahr 2025/2026
(1. April 2025 bis 31. März 2026)



	Bevölkerung in Milliarden (Mitte 2025)	1,46
	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) Veränderung gegenüber Vorjahreszeitraum in Prozent	6,6
	BIP je Einwohner in Dollar	2.181
	Verbraucherpreise Veränderung gegenüber Vor- jahreszeitraum in Prozent	2,8
	Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	-1,0
	Analphabetenquote in Prozent	19,1

Reales Bruttoinlandsprodukt, BIP je Einwohner, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo: Prognose; Analphabetenquote: im Zeitraum Juli 2023 bis Juni 2024

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Ministry of Statistics and Programme Implementation, Vereinte Nationen
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

2024 betrug ihr Warenwert lediglich 1,6 Milliarden Euro. Dies dürfte sich perspektivisch ändern, denn der Zollsatz auf Autos soll schrittweise von 110 Prozent auf 10 Prozent fallen. Diese Zollpräferenz ist jedoch nicht unbegrenzt, sondern gilt nur für ein jährliches Kontingent von 250.000 Fahrzeugen. Zusätzlich sollen die indischen Zölle auf Autoteile zehn Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens ganz wegfallen.

Beide Seiten gehen davon aus, dass das Freihandelsabkommen noch vor Jahresende in Kraft treten kann. Zuvor müssen die EU-Mitgliedsstaaten und das EU-Parlament das Abkommen allerdings noch billigen.

Politik weckt Hoffnungen

Investitionen. Die Unternehmen in Deutschland haben zuletzt immer weniger investiert. Die schwarz-rote Bundesregierung will das ändern – und tatsächlich könnten sich viele ihrer Vorhaben positiv auf die Investitionstätigkeit der Firmen auswirken. Allerdings hat die Politik noch längst nicht alle Versprechen eingelöst.

Die Industrie in Deutschland hat mit einer Vielzahl von Herausforderungen zu kämpfen. Da sind zum einen die geopolitischen Verwerfungen, die sich unter anderem in gestiegenen Energie- und Materialkosten und neuen Handelshürden niederschlagen.

Zum anderen haben sich die Bedingungen am heimischen Standort im Vergleich zu anderen Ländern, mit denen Deutschland im Wettbewerb steht, merklich verschlechtert:

Im IW-Standortindex, der die Qualität des jeweiligen Industrie-

standorts in 45 Ländern analysiert, belegte Deutschland im Jahr 2025 nur Platz zwölf – 2015 reichte es noch für den Bronzerang.

Vor diesem Hintergrund erstaunt es wenig, dass es für die deutschen Unternehmen immer weniger attraktiv geworden ist, im eigenen Land Geld in den Bau oder die Modernisierung von Produktionsanlagen zu stecken (Grafik):

Von 2019 bis zum Herbst 2025 sind die privatwirtschaftlichen Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland real um fast ein Viertel gesunken.

Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht fatal. Denn es gilt künftig nicht nur, den hiesigen Wohlstand zu sichern, sondern zusätzlich beispielsweise die Dekarbonisierung der Wirtschaft und höhere Verteidigungsausgaben zu finanzieren. Soll dies ohne schmerzhaftes Verteilungskonflikte gelingen, muss die Wirtschaft wachsen. Ohne Investitionen ist das jedoch kaum möglich.

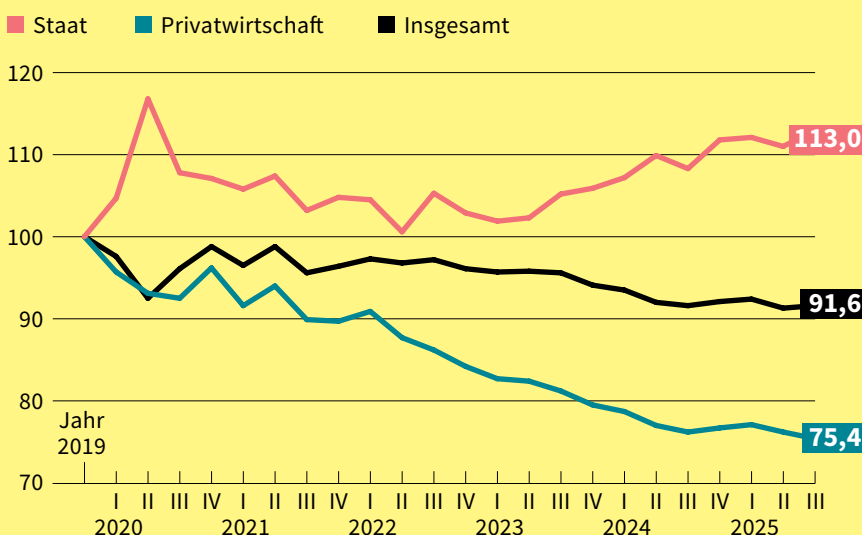
Die amtierende Bundesregierung hat deshalb eine Reihe von Maßnahmen für mehr Wachstum und Investitionen auf den Weg gebracht oder zumindest angekündigt. Das IW wollte daraufhin im Rahmen seiner Konjunkturumfrage vom Herbst 2025 von den Unternehmen wissen, ob und in welchem Maße sich die Vorhaben der Bundesregierung auf ihre Investitionstätigkeit auswirken könnten. Die Antworten stimmen recht hoffnungsvoll – zuvorderst mit Blick auf den Bürokratieabbau (Grafik Seite 9):

Sechs von zehn der befragten Unternehmen gehen davon aus, dass die Maßnahmen zur Entbürokratisierung ihre Investitionstätigkeit in Deutschland deutlich positiv beeinflussen werden. Weitere drei von zehn Firmen sprechen immerhin von einem kleinen Impuls.

Mittelfristig könnte der Investitionseffekt des Bürokratieabbaus sogar noch etwas größer sein. Allerdings: Das im November 2025

Investitionen in Deutschland sinken

Preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigte Bruttoanlageinvestitionen, Jahresdurchschnitt 2019 = 100

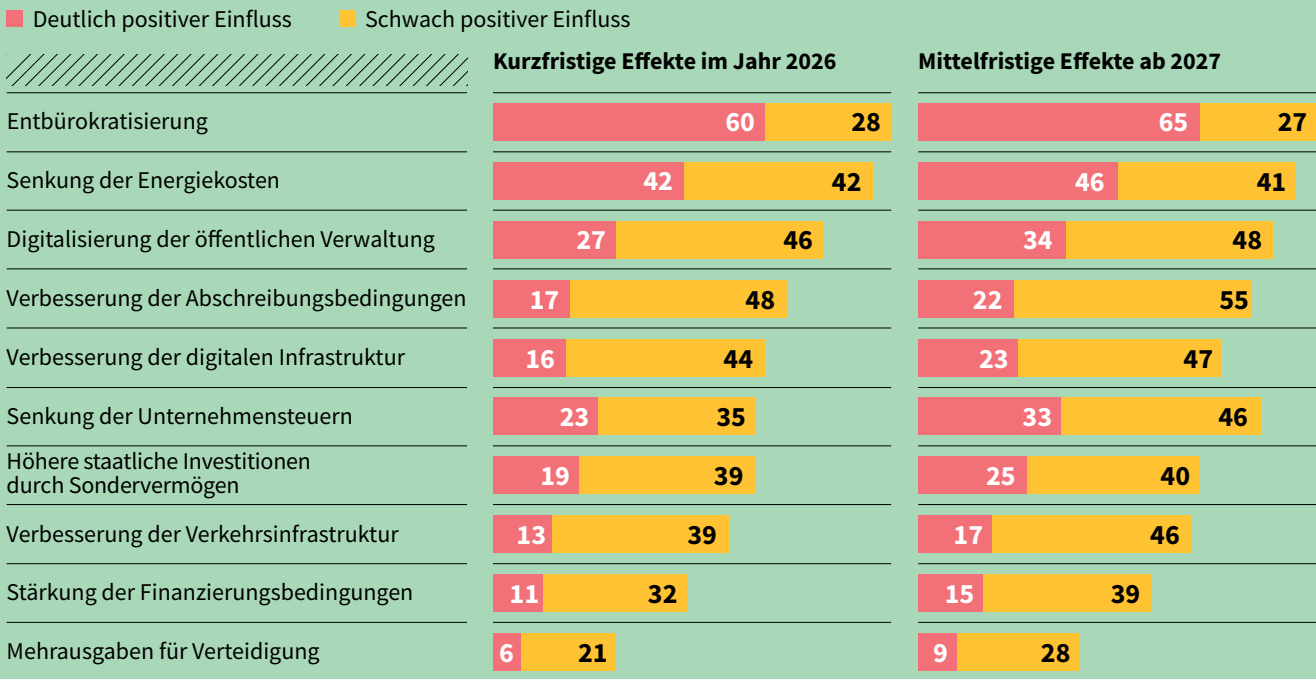


Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Bürokratieabbau könnte Investitionen ankurbeln

So viel Prozent der Unternehmen in Deutschland sagen, dass folgende Beschlüsse oder Vorhaben der Bundesregierung diesen Einfluss auf ihre Investitionstätigkeit hierzulande haben würden



Rest zu 100: kein oder negativer Einfluss
 Stärkung der Finanzierungsbedingungen: z. B. Förderung der Investitionsfinanzierung durch Wagniskapital
 Befragung von 1.915 Unternehmen im Oktober 2025
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
 © 2026 IW Medien / iwd

iwd

von der Bundesregierung beschlossene Paket zum Bürokratieabbau enthält nur recht kleinteilige Sofortmaßnahmen wie den Wegfall einiger Berichtspflichten – die von der Wirtschaft erhoffte umfassende Entlastung steht noch aus.

Etwas konkreter ist der Kurs der schwarz-roten Koalition in der Energiepolitik – so hat sie unter anderem die Stromsteuer gesenkt und die Gasspeicherumlage abgeschafft. Das dürfte zweckführend sein:

In der IW-Konjunkturumfrage gaben 84 Prozent der Unternehmen an, die Senkung der Energiekosten würde sich schon kurzfristig positiv auf ihre Investitionstätigkeit hierzulande auswirken.

Allerdings warten vor allem energieintensive Branchen wie die

Chemie nach wie vor auf eine überzeugende Entlastungsstrategie vonseiten der Politik.

Dass die Befragungsergebnisse teils auf dem Prinzip Hoffnung basieren, zeigt sich insbesondere beim Thema Steuern. Hier sind die Unternehmen vor allem mittelfristig optimistisch, dass die Bundesregierung investitionsfördernde Impulse setzt. Tatsächlich soll die Körperschaftsteuer ab 2028 jährlich um 1 Prozentpunkt sinken – von 15 bis auf 10 Prozent. Jedoch steht im Jahr 2029 die nächste Bundestagswahl an und die kommende Regierung könnte die Steuersenkungen wieder zurücknehmen.

Relevant ist für die Unternehmen darüber hinaus auch das, worum sich die Koalition in Berlin bislang nicht so eifrig bemüht – nämlich die

Reformen, die nötig wären, um die Sozialversicherungssysteme zukunfts- und demografiefest zu machen:

Mehr als sechs von zehn Unternehmen sagen, dass die Reform-scheu in Sachen Sozialversicherungen eine Investitionsbremse darstellt.

Die Unternehmen rechnen mit steigenden Renten- und Krankenversicherungsbeiträgen und damit höheren Lohnnebenkosten, wenn die Politik nichts ändert. Dann bleibt für Investitionen schlicht weniger Geld übrig.

Aus IW-Trends 4/2025

Hubertus Bardt, Michael Grömling: Wirken die Maßnahmen der neuen Bundesregierung auf Investitionen in Deutschland? Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Was uns zufrieden macht

Gesellschaft. Die Deutschen sind trotz aktueller Krisen und einer angespannten Wirtschaftslage vergleichsweise zufrieden mit ihrem Leben. Eine IW-Studie zeigt, dass nicht nur die Arbeitssituation und die Einkommenshöhe wichtige Faktoren für das individuelle Wohlbefinden sind.

Der demografische Wandel mit seinen unschönen Auswirkungen auf die Sozialsysteme, die Stagnation der Wirtschaft, die in manchen Branchen zu einem massiven Stellenabbau führt, und eine Sicherheitslage, die diesem Namen ange-

sichts der aktuellen Weltpolitik nicht mehr so richtig gerecht wird: Die Situation in Deutschland ist herausfordernd. Und trotzdem erreicht die anhand von Umfragen gemessene durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Bundesbürger gegenwärtig

historisch hohe Werte wie zuletzt in den 2010er Jahren. Dies zeigt eine aktuelle IW-Auswertung.

Besonders zufrieden sind demnach junge Erwachsene und Menschen im Ruhestand. Sie erreichen auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden) jeweils Werte von mehr als 7 Punkten. Im mittleren Alter dagegen liegt die Lebenszufriedenheit mit rund 6 Punkten tendenziell etwas niedriger, was damit zusammenhängen dürfte, dass in dieser Lebensphase die beruflichen, familiären und finanziellen Belastungen besonders hoch sind.

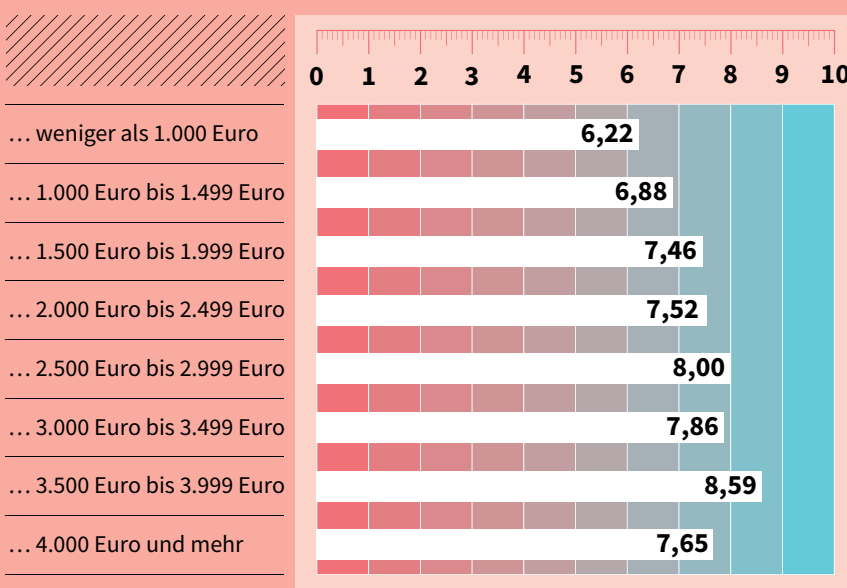
Neben dem Alter gibt es noch andere zentrale Einflussfaktoren auf die Lebenszufriedenheit. Die Höhe des Einkommens beispielsweise spielt eine wichtige Rolle (Grafik):

Personen mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1.000 Euro weisen im Durchschnitt die geringste Lebenszufriedenheit (6,2 Punkte) auf, den Höchstwert erreicht die Gruppe mit Einkommen von 3.500 bis 4.000 Euro (8,6 Punkte).

Wer mehr als 4.000 Euro im Monat zur Verfügung hat, ist mit 7,7 Punkten im Schnitt etwas weniger zufried-

Lebenszufriedenheit: Geld spielt eine Rolle

So hoch ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit der Bundesbürger mit einem monatlichen Nettoeinkommen von ... auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden)



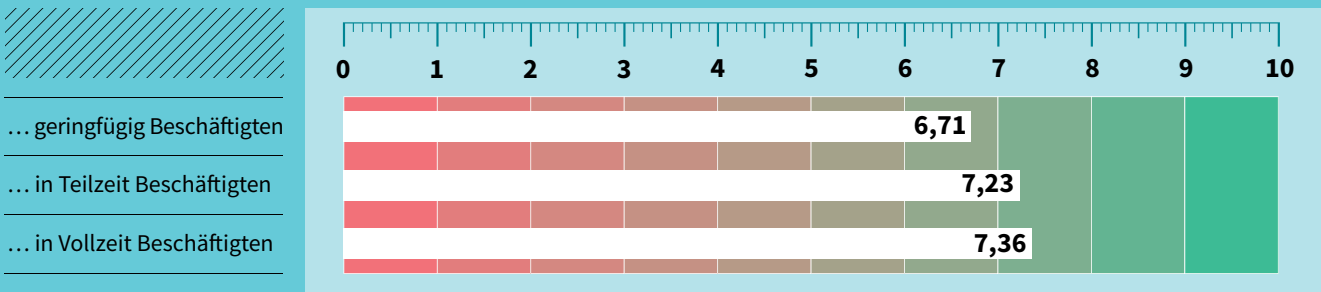
Befragung von 3.267 Personen in Deutschland ab 18 Jahren im November 2024 im Rahmen der IW-Personenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

Lebenszufriedenheit: Vollzeitbeschäftigte liegen vorn

So hoch ist die durchschnittliche Lebenszufriedenheit in Deutschland von ... auf einer Skala von 0 (ganz und gar unzufrieden) bis 10 (sehr zufrieden)



Befragung von 3.267 Personen in Deutschland ab 18 Jahren im November 2024 im Rahmen der IW-Personenbefragung

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

iwd

den mit seiner Lebenssituation. Da diese Gruppe in der Befragung allerdings vergleichsweise klein ist, ist die Aussagekraft der Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren.

Auch psychologische Faktoren spielen eine Rolle für die Lebenszufriedenheit. Personen, die zu wissen glauben, dass sie ihr Leben und ihre Erfolge selbst in der Hand haben, sind in der Regel zufriedener als Menschen, die sich fremdbestimmt fühlen. Während die stark external überzeugten Befragten nur eine durchschnittliche Lebenszufriedenheit von 5,3 Punkten aufweisen, liegt die durchschnittliche Lebenszufriedenheit von denjenigen, die überzeugt sind, ihr Leben durch eigenes Handeln selbst beeinflussen zu können, bei durchschnittlich 8,5 Punkten.

Zahlreiche Studien zeigen zudem, dass die subjektiv empfundene Lebenszufriedenheit auch davon abhängt, ob und wie viel die Befragten arbeiten. So sind Nichterwerbstätige nachweislich unzufriedener mit ihrem Leben als Menschen, die einen Job haben. Das Arbeitspensum spielt ebenfalls eine Rolle (Grafik):

Vollzeitbeschäftigte erreichen mit durchschnittlich 7,4 Punkten

die höchste Lebenszufriedenheit, Teilzeitbeschäftigte liegen mit 7,2 Punkten leicht darunter.

Geringfügig Beschäftigte sind mit im Schnitt 6,7 Punkten deutlich unzufriedener.

Dass sich ein höherer Umfang der Erwerbsarbeit in höherem Wohlbefinden niederschlägt, dürfte daran liegen, dass Vollzeitbeschäftigte in der Regel ein höheres und stabileres Einkommen erzielen, was finanzielle Sicherheit und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Außerdem kann ein Vollzeitjob eine stärkere soziale Einbindung und Anerkennung im beruflichen Umfeld mit sich bringen – beides Faktoren, die sich positiv auf die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben auswirken können.

Dass Teilzeitbeschäftigte ebenfalls eine recht hohe Lebenszufriedenheit aufweisen, könnte unter anderem darin begründet sein, dass eine Teilzeitstelle mehr zeitliche Autonomie erlaubt – beispielsweise um sich um die Familie zu kümmern oder sich weiterzubilden. Auch dies kann die Zufriedenheit günstig beeinflussen.

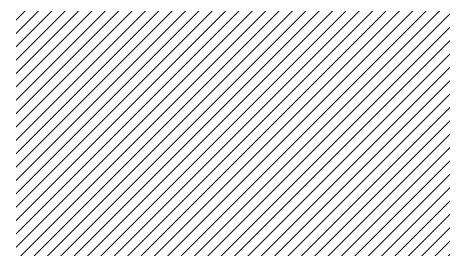
Die durchschnittlich niedrigere Lebenszufriedenheit von geringfügig Beschäftigten dagegen könnte mit

prekären Arbeitsbedingungen, eingeschränkter sozialer Absicherung oder einem Gefühl fehlender beruflicher Perspektive zusammenhängen. Auch eingeschränkte Weiterentwicklungsmöglichkeiten oder fehlende Anerkennung im Arbeitsumfeld könnten die Zufriedenheit von geringfügig Beschäftigten dämpfen.

Abgesehen von der Wochenarbeitszeit spielt noch eine Reihe weiterer Faktoren eine wichtige Rolle für die Lebenszufriedenheit von Beschäftigten: beispielsweise eine wertschätzende Unternehmenskultur oder flexible Arbeitszeitmodelle, die die Selbstbestimmtheit der Mitarbeiter fördern.

Aus IW-Trends 4/2025

Jennifer Potthoff, Rebecca Gabel: Lebenszufriedenheit in Deutschland – Trends, Einflussfaktoren und politische Relevanz



Bindungsscheu

Tarifpolitik. Mit einem neuen Gesetz will die Bundesregierung die Tarifbindung stärken. Doch ähnliche Vorhaben haben bereits in der Vergangenheit nicht funktioniert, wie eine Datenauswertung zeigt. Vielmehr drohen durch die neue Regelung Nachteile für kleine und mittelgroße Betriebe und mehr Bürokratieaufwand. Um die Tarifbindung zu erhöhen, sind andere Maßnahmen sinnvoller.

Mehr Tarifbindung in Deutschland, das wünschen sich nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch der Staat. Um sie zu stärken, will die Bundesregierung das Bundestarif-

treugesetz auf den Weg bringen. Die Idee dahinter: Will ein Unternehmen künftig einen staatlichen Auftrag übernehmen, muss es seinen Beschäftigten tarifvertragliche Arbeitsbedingungen gewähren.

Der Gesetzentwurf wird kontrovers diskutiert, vor allem aus zwei Gründen: Zum einen würde das Gesetz zu mehr bürokratischem Aufwand führen. Dabei will die Regierung eigentlich Bürokratie abbauen. Zum anderen gibt es Zweifel an der Wirksamkeit eines solchen Gesetzes. Schon der Effekt des Tarifautonomie-Stärkungsgesetzes von 2014 blieb hinter den Erwartungen zurück, wie der Text zum neuen Gesetzentwurf einräumt.

Um empirische Aussagen über die Tarifbindung in Deutschland tätigen zu können, hat sich das IW die Entwicklung auf Landesebene genauer angesehen. Als Zeitraum bot sich dafür 2014 bis 2024 an, weil die meisten Bundesländer vor dem Jahr 2014 Vergaberegulungen eingeführt haben, die die Tarifbindung berücksichtigen. Das Ergebnis ist ernüchternd (Grafik Seite 13):

Zwischen 2014 und 2024 ist die Tarifbindung der Betriebe in 14 von 16 Bundesländern – teils deutlich – gesunken.

Die größten Verlierer waren Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen. Zulegen konnte

lediglich Mecklenburg-Vorpommern. Die Zahlen geben somit keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass die Tarifbindung durch Landestarifregelungen gestärkt werden konnte.

Zudem bestehen selbst zwischen Bundesländern mit vergleichbaren Vergaberegulungen große Unterschiede. So hat sich die Tarifbindung in Sachsen-Anhalt und Thüringen ganz anders entwickelt als in Mecklenburg-Vorpommern. Auch in den vergleichbaren Ländern Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen liegen die Werte deutlich auseinander. Und noch ein wichtiger Aspekt kommt hinzu: Bayern und Sachsen, wo keine Tarifregelungen gelten, sind statistisch keine Ausreißer nach unten.

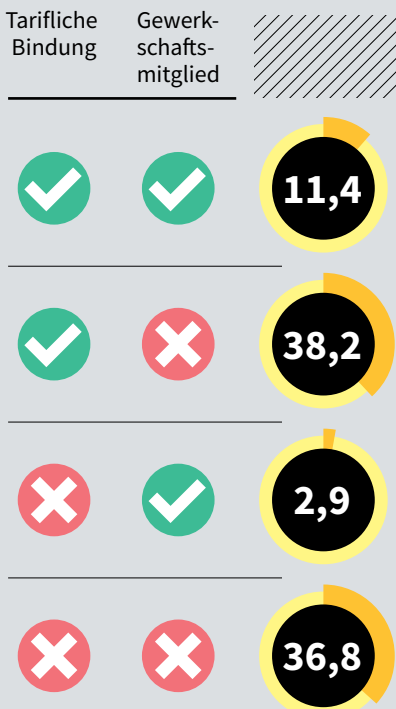
Diese Ergebnisse legen nahe, dass andere Faktoren entscheidender für die Entwicklung der Tarifbindung sind als Tarifregelungen.

Von dem neuen Bundesgesetz ist daher kein positiver Effekt auf die Tarifbindung zu erwarten. Vielmehr ist zu befürchten, dass neben dem zusätzlichen Bürokratieaufwand kleine und mittlere Unternehmen künftig seltener an öffentlichen Ausschreibungen teilnehmen, weil sie seltener tarifgebunden sind.

Der Gesetzentwurf konzentriert sich ferner fast ausschließlich auf die Arbeitgeberseite. Dabei legen Daten des Sozio-oekonomischen Panels

Tarifbindung für viele Nicht-Gewerkschafter

Auf so viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland traf dies im Jahr 2023 zu



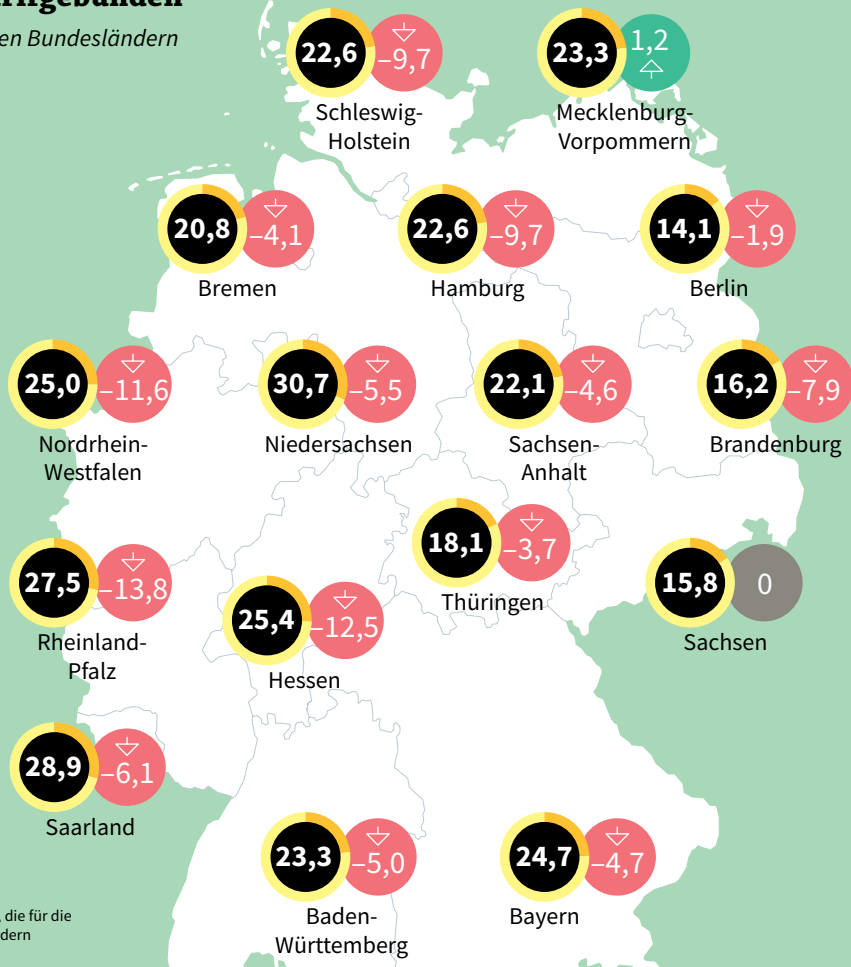
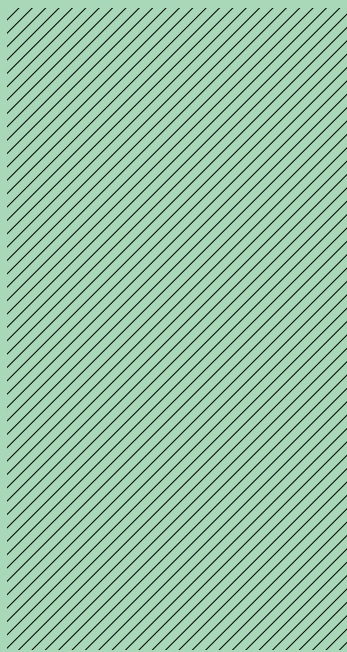
Beschäftigte: inklusive geringfügige Beschäftigung und Berufsausbildung
Rest zu 100: Tarifbindung unbekannt

Quellen: Sozio-oekonomisches Panel, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Immer weniger Betriebe tarifgebunden

So viel Prozent der Unternehmen in diesen Bundesländern waren im Jahr 2024 tarifgebunden

Veränderung gegenüber 2014 in Prozentpunkten



Bayern und Sachsen: keine landesspezifischen Regelungen, die für die Vergabe öffentlicher Aufträge eine gewisse Tariftreue einfordern

Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Institut der deutschen Wirtschaft © 2026 IW Medien / iwd

iwd

große Organisationsprobleme auf der Arbeitnehmerseite offen:

Im Jahr 2023 waren nur noch knapp 15 Prozent der Beschäftigten in Deutschland Mitglied in einer Gewerkschaft.

Dass die Tarifbindungsquote dennoch bei knapp 50 Prozent liegt, ist auf das Vorgehen der Unternehmen zurückzuführen. Zwar gelten tariflich vereinbarte Lohn- und Arbeitsbedingungen rechtlich zunächst nur für Gewerkschaftsmitglieder. Allerdings wenden viele Betriebe die Regelungen für alle ihre Mitarbeiter an (Grafik Seite 12):

Mehr als 38 Prozent der Beschäftigten werden tariflich entlohnt, sind aber kein Mitglied einer Gewerkschaft.

Das führt wiederum zu einem Grundsatzproblem: Ein System, in dem – wie die Daten belegen – immer weniger Unternehmen und Beschäftigte an der Aushandlung von Tarifverträgen beteiligt sind, die vereinbarten Regelungen jedoch auf viele Arbeitsverhältnisse angewendet werden, gerät aus dem Gleichgewicht und verliert seine Legitimität.

Eine nachhaltige Stabilisierung des Tarifsystems kann daher nur über die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände selbst gelingen, indem diese neue Mitglieder gewinnen. Durch die bessere steuerliche Absetzbarkeit von Mitgliedsbeiträgen werden Gewerkschaften dabei bereits von politischer Seite unterstützt. Gleichzeitig sollten

jedoch auch auf Arbeitgeberseite mehr Anreize für einen freiwilligen Eintritt in die Tariforganisationen geschaffen werden, beispielsweise durch eine kürzere Nachwirkung von Tarifverträgen oder eine flexiblere Gestaltung des Tarifrechts. Mit staatlichem Zwang durch Ausschreibungsvorgaben wird sich die Tarifbindung nicht erhöhen.

IW-Kurzbericht 4/2026
Helena Bach, Hagen Lesch: Stärkung der Tarifbindung durch ein Bundestariftreuegesetz? Ein ernüchternder Blick auf die Empirie

IW-Kurzbericht 5/2026
Helena Bach: Tarifbindung statt Geltung stärken

Die Lücken in den Führungsreihen

Arbeitsmarkt. Nur wenige Beschäftigte in Deutschland sind bereit, eine Führungsrolle in ihrem Unternehmen zu übernehmen. Die Gründe gegen eine höhere Position sind vielschichtig – genauso wie die dafür. Wenn die Betriebe stärker auf die Bedürfnisse der Mitarbeiter eingehen, steigen ihre Chancen auf ein größeres Interesse an höheren Aufgaben.

Ein Team führen, eine Abteilung leiten – dafür gibt es in Deutschland viele Möglichkeiten, denn zahlreiche Stellen sind vakant. Im Jahr 2025

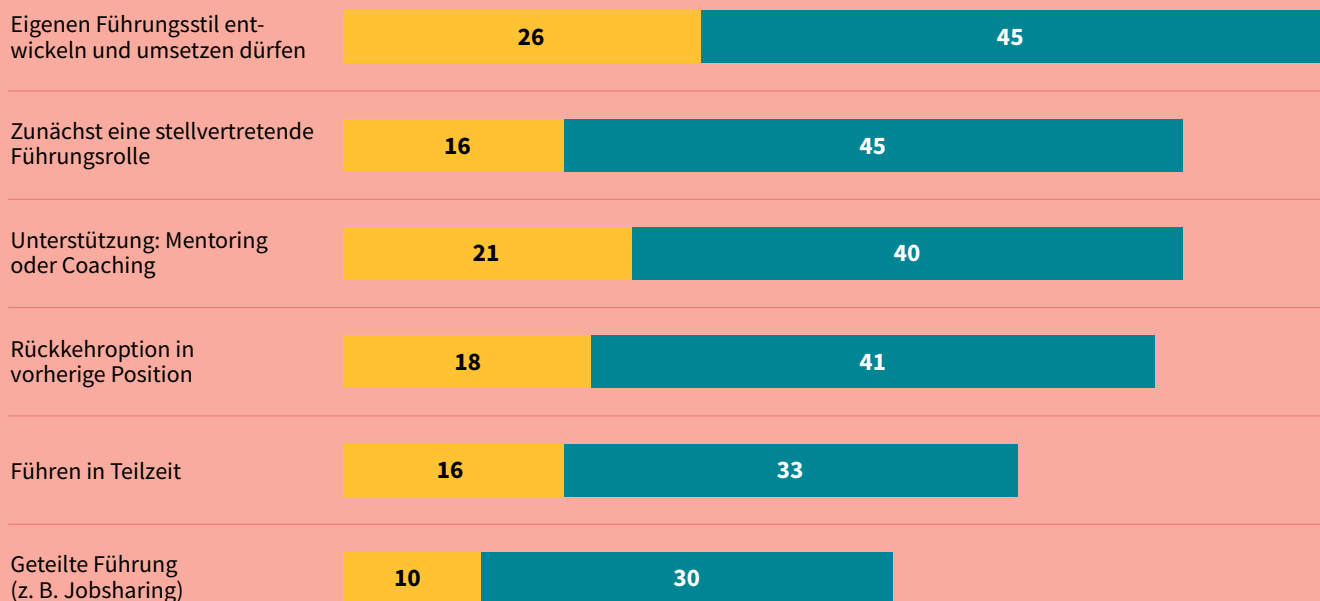
fehlten im Schnitt gut 28.000 leitende Führungskräfte im Land. Das Problem für viele Unternehmen: Die Bereitschaft, eine Führungsposition

zu übernehmen, ist gering, wie eine Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung im IW zeigt (Grafik Seite 15):

Aspekte einer attraktiven Führungskultur

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland halten diese Angebote für eher oder sehr wichtig, damit Mitarbeiter im eigenen Unternehmen eine Führungsposition übernehmen

■ Sehr wichtig ■ Eher wichtig



Befragung von 4.470 Beschäftigten im Mai und Juni 2025

Quellen: Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd

Nur 14 Prozent der Beschäftigten in Deutschland wollten im Jahr 2025 definitiv eine Führungsrolle übernehmen, 43 Prozent schlossen dies für sich aus.

Beschäftigte in Vollzeit können sich eine entsprechende Position eher vorstellen als Teilzeitkräfte. Auch haben Männer etwas häufiger Führungsambitionen als Frauen.

Die hohe Arbeitsbelastung und die große Verantwortung lassen drei von vier Beschäftigten, die derzeit in keiner Führungsposition arbeiten, zurückschrecken. Fast ebenso verbreitet ist die Sorge, dass das Privatleben mit der neuen Rolle zu kurz kommen würde.

Für diejenigen, die sich vorstellen können, in eine Führungsrolle zu schlüpfen, ist der monetäre Faktor der wichtigste:

95 Prozent der Interessenten bewerten das höhere Gehalt in einer Führungsrolle als wichtiges Kriterium.

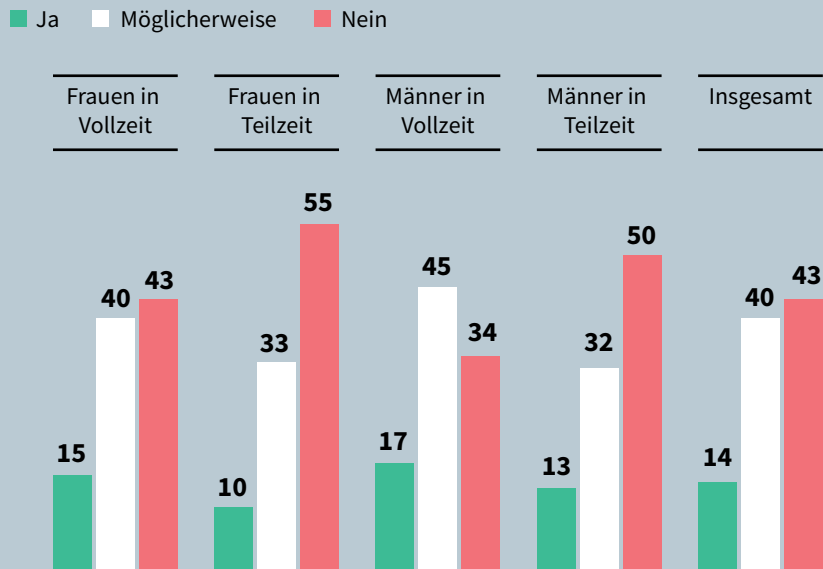
Dahinter folgen der größere Gestaltungsspielraum und die Entscheidungsfreiheit als zweitwichtigste Argumente.

Neben den persönlichen Präferenzen wurden die Beschäftigten auch danach gefragt, welche Aspekte sie für wichtig halten, damit Mitarbeiter in ihrem Unternehmen eine Führungsposition übernehmen. Einer stach hervor (Grafik Seite 14):

Dass Führungskräfte einen eigenen Führungsstil entwickeln und umsetzen dürfen, ist nach Meinung der Beschäftigten der wichtigste Faktor, damit höhere Positionen attraktiv sind.

Wenig Bereitschaft zur Führung

So viel Prozent der Beschäftigten in Deutschland können sich vorstellen, eine Führungsfunktion bei ihrem Arbeitgeber zu übernehmen



Rest zu 100: weiß nicht
Befragung von 4.670 Beschäftigten im Mai und Juni 2025
Quellen: Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2026 IW Medien / iwd



Eine gute Vorbereitung ist ebenfalls für viele ein Pluspunkt. So erachten es sechs von zehn Befragten als wichtig, dass Führungskräfte über eine Stellvertreterposition herangeführt werden. Ebenso viele befürworten gezieltes Mentoring und Coaching. Auch die Option, zur vorherigen Position zurückkehren zu können, ist für viele ein wichtiger Aspekt. Für die Unternehmen kann sich dieser Ansatz am Ende lohnen, schließlich ist nicht jeder Mitarbeiter für eine Führungsposition gemacht.

Frauen sehen zudem deutlich häufiger als Männer die Möglichkeit,

in Teilzeit zu führen, als wichtige Motivationshilfe. Da Frauen zugleich viel öfter als Männer in Teilzeit arbeiten, haben Firmen einige potenzielle weibliche Führungskräfte in ihren Reihen. Am häufigsten bieten Unternehmen mit weniger als 50 Mitarbeitern Teilzeitführung an. Diese Option sollten die Betriebe beim Werben um neue Mitarbeiter stärker herausstellen.

KOFA kompakt 1/2026

Regina Flake, Sabine Köhne-Finster, Chiara Döring: Führungsetage leer? Was Beschäftigte wirklich zur Führung motiviert

Impressum

Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsidentin: Angelique Renkhoff-Mücke · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland
Redaktionsleiter: Thomas Goldau (verantwortlich, kommissarisch) · Redaktion: Berit Schmiendorf (stellv.), Carsten Ruge (Textchef), Florian Janssen, Alexander Weber, Tina Zeinlinger
Grafik: IW Medien GmbH · E-Mail: iwd@iwkoeln.de · Bezugspreis: € 13,64/Monat inklusive Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · Abo-Service: Tjerk Lorenz, Telefon: 0221 4981-220, iwmedien@iwkoeln.de · Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz@iwmedien.de · In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit im Zusammenhang mit Personen regelmäßig das grammatische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.



Zahl der Woche



**1,96
Milliarden**

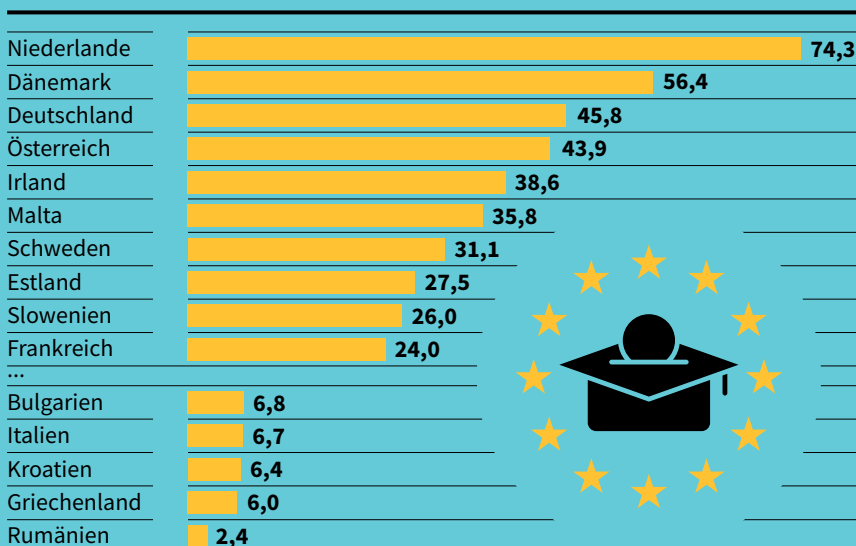
Euro setzt die Karnevalswirtschaft in der Session 2025/2026 deutschlandweit schätzungsweise mindestens um. Das sind rund 7 Prozent weniger als in der vorherigen Session. Der Grund dafür ist simpel: Da die Länge der fünften Jahreszeit unmittelbar mit Ostern zusammenhängt und das christliche Fest in diesem Jahr früher als 2025 stattfindet, fällt das jecke Treiben diesmal 15 Tage kürzer aus. Am stärksten profitiert die Gastronomie vom Karneval: Restaurants, Bars und Kneipen nehmen durch die Feierlichkeiten 2025/2026 geschätzt rund 900 Millionen Euro ein. Der karnevalistische Einzelhandel – allen voran der Kostümverkauf – erwirtschaftet gut 400 Millionen Euro; Verkehr und Logistik – darunter fallen etwa Bahntickets oder Taxifahrten – setzen knapp 290 Millionen Euro um. Für Hotelübernachtungen geben die Jecken voraussichtlich rund 210 Millionen Euro aus. Besonders tief in die Tasche greifen müssen Karnevalisten, die in Köln schlafen wollen. Laut IW-Berechnung kostet eine Nacht im Hotel in der Domstadt während des Straßenkarnevals im Schnitt 88 Euro mehr als sonst – ein Aufschlag von 66 Prozent.

Top-Liste: Büffeln und jobben

In der EU hatten im Jahr 2024 rund 25 Prozent der jungen Leute, die noch formal in Ausbildung waren – dazu zählen Schule, Studium und duale Berufsausbildung –, einen Job. In einigen Ländern war die Erwerbsbeteiligung allerdings deutlich höher: In Deutschland etwa waren fast 46 Prozent der 15- bis 29-Jährigen, die eine formale Ausbildung durchliefen, berufstätig. Das liegt zum einen an der dualen Berufsausbildung – dort arbeiten und verdienen die jungen Menschen Geld im Ausbildungsbetrieb. Zum anderen jobben immer mehr Studenten, auch aus finanziellen Gründen: 2024 wurden nur 15 Prozent der Studenten hierzulande vom Staat mit monetären Leistungen unterstützt.

Lernen und arbeiten in der EU

So viel Prozent der 15- bis 29-Jährigen in der EU, die sich 2024 in Ausbildung befanden, waren gleichzeitig angestellt



Ausbildung: Besuch einer institutionalisierten öffentlichen oder anerkannten privaten Einrichtung, die zum formalen Bildungssystem eines Landes zählt

Quelle: Eurostat

© 2026 IW Medien / iwd